

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

12 (15.1.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Selbstpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 8-11 u. 2-6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzangelegen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zudor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Wilson und Deutschland.

Die ungünstige Aufnahme, die die neueste Botschaft Wilsons in dem größten Teil der deutschen Presse gefunden hat, erklärt sich zunächst aus der schweren Verwirrung, die in Deutschland gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wegen seiner früheren heftigen Kriegserklärungen besteht, dann aber auch aus der Hypnose des östlichen Sonderfriedens, in der sich ein großer Teil unserer öffentlichen Meinung befindet.

Wer nun nicht den Krieg, sondern den Frieden will, der wird den sich mehrenden Ton der feindseligen Staatsmänner als gutes Zeichen begrüßen, nicht aber sich darauf verlassen, daß ein Medner, der heute ruhig und vernünftig spricht, früher einmal heftig und gehässig gesprochen hat. Auch in Deutschland sind heftige Kriegserklärungen gehalten worden. Die Drohungen und Herabsetzungen, mit denen die Vertreter der kämpfenden Mächte einander regelieren, gehören immer noch zu dem am leichtesten zu ertragenden Unbill des Krieges. Wann könnten wir je zum Frieden kommen, wenn wir Worte nicht verstehen wollten?

Ein noch ernster Grund für die ungünstige Aufnahme der Wilson-Botschaft liegt in der Auffassung, mit der ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Volkes den Ereignissen im Osten gegenübertritt. Die Meinung ist weit verbreitet, daß der Abschluß eines Friedens mit Rußland für Deutschland gestatten würde, noch viel gründlicher als bisher mit den Westmächten abzurechnen. Diese optimistische Meinung rechnet auf einen raschen Frieden im Osten und einen kurzen Entscheidungskampf im Westen. Es ist psychologisch begreiflich, daß denen, die diese Meinung vertreten, jeder, der andere Ansichten vertritt, als ein Störer ihrer Kreisläufe erscheint, als einer, der die Lösung der Weltwirren zu Deutschlands Vorteil zu verhindern bestrebt ist. Einen ganz ähnlichen Kampf der Meinungen haben wir gerade vor einem Jahr erlebt. Damals galt jeder als Landesverräter, der nicht glauben wollte, England werde spätestens binnen 6 Monaten unter den Folgen des uneingeschränkten U-Bootkrieges zusammenbrechen und auf den Ruinen um Gnade bitten. Im Januar 1918 spielt die große Westoffensive eine ähnliche Rolle, wie im Januar 1917 der uneingeschränkte U-Bootkrieg. Heute wie damals wirkt der Glaube an den unmittelbaren bevorstehenden Endsiege gegen den Gedanken eines allgemeinen Verständigungsfriedens.

Darum zeigt sich ein leider sehr großer Teil der deutschen Presse geneigt, die 14 Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms so extensiv wie möglich zu deuten. Man liest aus ihnen die Forderung der Preisgabe Glinz-Rohringsens, Kolens und Westpreußens heraus, der Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, der Zerstückelung der Türkei. Ob dies alles in der Botschaft Wilsons gefordert ist oder ob nichts davon gefordert ist, das ist eine Frage der Auslegung. Und überdies, wer mündet es der deutschen Regierung zu, an den allgemeinen Konferenztag zu gehen, um das Elsaß und Lothar herauszugeben, um in die Zerstückelung Oesterreichs, in die Zerstückelung der Türkei einzuwilligen? In Deutschland gewiß kein einziger. Auch die Unabhängigen finden es selbstverständlich, daß sich Rußland einem deutschen Anreizprogramm nicht unterwerfen wolle und gerade sie verheißt am lautesten, Rußland werde gegen ein solches Anreizprogramm bis zum Ende kämpfen. Könnten sie, könnte irgend ein Mensch in Deutschland, der seine fünf Sinne noch leidlich bekommen hat, von Deutschland verlangen, daß es sich einem feindseligen Anreizprogramm unterwerfen wolle? Ginge die deutsche Regierung zu einer allgemeinen Friedenskonferenz und kehrte sie von dort mit der Mitteilung zurück, die Gegner hätten die Abtretung Elsaß-Rohringsens, Kolens usw. gefordert, das ganze deutsche Volk würde es billigen, wenn auf solche unverdächtige Forderungen hin die Verhandlungen sofort abgebrochen worden wären, das ganze deutsche Volk bis auf den letzten Mann wäre dann bereit, den Krieg weiter zu führen bis zu dem Augenblick, in dem die Gegner zu ehrlichem Eingehen auf einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen bereit wären.

Sind nun die Gegner zu einem solchen Frieden bereit oder nicht? Das ist die Frage! Die leidenschaftlichen Gegner des allgemeinen Friedens bewegen sich in ganz merkwürdigen Widersprüchen, wenn sie behaupten, die Westmächte ständen unmittelbar vor ihrem totalen Zusammenbruch und gingen trotzdem auf ungeheuerliche Eroberungen auf Kosten Deutschlands, des Siegers, aus. Wenn es wahr ist, daß die Gegner bei der Fortführung des Krieges nicht zu gewinnen, sondern nur zu verlieren haben — und auch wir halten das für wahr —, dann gerade wird es doch in hohem Maße wahrscheinlich, daß sich die Stimmung bei ihnen mit großer Schnelligkeit dem Frieden nähert und daß der mehr und mehr zutage tretende Positivismus ihrer Reden nicht bloß Heuchelei, sondern vielmehr echtes Bekenntnis ist. Umgekehrt: Wenn die Gegner sich noch immer mit der Hoffnung tragen sollten, Deutschland einen Frieden aufzulegen zu können, wie ihn nur ein geschlagenes Volk annimmt, dann müssen sie sich immer noch recht stark fühlen und wegen ihres angeblich unmittelbarer bevorstehenden Zusammenbruchs noch nicht die geringste Sorge hegen.

In Wirklichkeit liegen die Dinge wohl so, daß die Gegner zwar durchaus nicht in einer Lage zu sein glauben, die sie in absehbarer Zeit zum Abschluß eines Friedens um jeden Preis zwingen könnte, daß sie aber auf der anderen Seite die Hoffnung auf einen zerschmetternden Sieg über Deutschland immer mehr aufgeben und sich daher dem Gedanken eines Verständigungsfriedens immer mehr zuneigen. Diese Entwicklung wird natürlich durch die Aussichten auf einen Sonderfrieden im Osten ganz wesentlich gefördert, und wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk scheitern sollten, dann könnten wir vielleicht bald wieder ganz andere Töne zu hören bekommen, als sie uns jetzt aus der Rede Wilsons entgegenkommen. Die Sozialdemokratie will den allgemeinen Verständigungsfrieden und will ihn so rasch wie möglich. Darum muß sie alle Momente zu fördern suchen, die die Stimmung des Auslands einem solchen Frieden geneigt machen. Dazu gehört die volle

Entfaltung der militärischen Kraft, die ausrichtsvolle Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit Rußland, vor allem aber auch die deutlich zu Tage tretende Bereitschaft der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, jederzeit einen solchen Frieden abzuschließen. Von diesen drei Momenten, die harmonisch zusammenwirken müssen, sehen wir indessen eines voll entwickelt, die Entfaltung der militärischen Macht. Was aus den Verhandlungen mit Rußland wird, ist zweifelhaft. Die Bereitschaft zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden scheint in diesem Augenblick nicht mehr in dem gleichen Maße vorhanden, wie noch vor wenigen Monaten. Wir leiden an einem Ueberwiegen der rein-militärischen, machtpolitischen Auffassungen. Das ist eine Entwicklung, die für das Gedeihen der leidenden Menschheit und des deutschen Volkes selbst nichts Gutes verspricht.

Die Verhandlungen mit Rußland.

Brest-Litowsk, 14. Jan. (W. Nicht amtlich.) Die am 11. ds. Mts. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission hielt am 11. und 12. Januar drei Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen: Zunächst wurde festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen, dagegen lehnte es Herr Trostky ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die vertragsschließenden Teile entschlossen seien, forsan in Frieden und Freundschaft zu leben. Herr Trostky fand, daß dies eine dekorative Frage sei. Es wurde beschlossen, auf den Gegenstand an einem späteren Zeitpunkt zurückzukommen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß Einverständnis darüber herrsche, die Rußland der vor den beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage voller Gegenseitigkeit zu stellen. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde vereinbart, aus diesem Zusammenhang getrieben, da es nicht kriegführender Teil sei.

Es kam dann die Frage zur Besprechung, an welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde.

Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, an dem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde.

Herr Trostky sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen.

Nach einem Hinweis des Staatssekretärs Herrn v. Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinausziehen müßte, wurde die Beratung über diesen Punkt abgelehnt.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe. Hierzu führte der Staatssekretär v. Kühlmann aus: Wie aus der Definition der Räumung hervor geht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, die noch Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Frieden geschlossen wird. Auf solche Gebiete, die bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile des Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Unterordnung einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiet gehörig betrachtet werden können. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in einem Teil der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betr. Völker de facto bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben, sodas diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Herr Trostky: Wir können die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, die dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußert habe, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine längere Debatte.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatsverpflichtung besteht, die der Lage ist, eine rechtserbindliche Erklärung über die Grundlagen ihres Daseins abzugeben, sobald irgend ein zur Vertretung und zur Sprachlose geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unabweislichen Willens der Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstbestimmungsfreiheit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

findet. Hierbei wies Staatssekretär v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, die sich ja im Sinne der deutlicher entwickelten Grundzüge konstituiert hätten, und denen die Petersburger Regierung die Selbstständigkeit zuerkannt habe.

Demgegenüber erwiderte Herr Trostky: Finnland war nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen gemacht werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist doch der Prozeß einer detartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von inländischen Truppen und die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereitet, so sehen wir keinerlei Hindernis dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Aus den weiteren Verhandlungen stellte zusammenfassend Staatssekretär v. Kühlmann fest: Herr Trostky sei bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksherrschaft als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt wären. Er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Trostky erklärte hierauf, daß Äußerungen von Landtagen, Ständevertretungen und dergl. als Äußerung des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bilden, daß das betr. Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden ist. Hieraus ergebe sich die Folgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organes Vorbedingung sei, daß die freie Abstimmung der Bevölkerung garantiert könne. Im weiteren Verlaufe der Besprechung behauptete Herr Trostky, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente denselben Gehalt und derselben Politik seien, wie sie der Herr Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Rußland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu gestalten beabsichtige. Des weiteren stellte Herr von Kühlmann sich auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung freibehaltenen Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärung der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verhandlungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und natürlich hielten. Sollten sich in diesen Verhandlungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht überzeugend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere.

Herr Trostky glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgedankes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der frankeischen Völker nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. In eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil man diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachten würde.

In Erwiderung auf diese Bemerkung führte der Staatssekretär v. Kühlmann aus: Ich bin gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung

von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Minister des Aeußern Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit der Frage der Heranziehung der Vertreter der besprochenen Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu: Wir wünschen zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte; wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungsförperschaften nicht als berechtigt angesehen würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Herr Troitzki beantragte hierauf, die Sitzung zu verlagern, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung am 12. Januar resümierte Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratung und wünschte eine genaue Erklärung der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekt“ und „Objekt“.

Der russische Delegierte Kamonow führte aus: Die russische Delegation sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialer Gruppe oder Einrichtung gemacht worden seien, insofern diese Erklärungen unter dem Regime der fremden Okkupation erfolgt und von Organen ausgehen, deren Rechte nicht von der Volkswahl herrührten und die überhaupt ihr Leben in dem Rahmen fristen, der den Vätern der militärischen Okkupationsbehörde nicht widerspricht. Die Delegation stellte fest daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen noch in Litauen noch in Kurland irgend welche demokratisch gewählten Organe weiter gebildet werden konnten, noch existierten, die mit irgendwelchem Rechte darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens weiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetrifft, so schlägt die russische Delegation folgende Lösung dieser Fragen vor:

1. Das Territorium. Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert sind. Rußland verpflichtet sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder einer anderen Staatsform zu nötigen. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bestätigen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche sowohl auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von Gebieten des früheren russischen Kaiserreichs, die jetzt von den Herren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auch die sogenannten Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete.

Gleichzeitig verpflichten sie sich, diese Gebiete nicht, weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beeinträchtigen, die geschlossen würden vor der endgültigen Konstituierung der Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechts der sie bewohnenden Nationen.

Die Abstimmung soll nach Rücknahme der fremden Heere, Rückkehr der Flüchtigen und der zu Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird von einer besonderen Kommission bestimmt, entsprechend der Lage der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhang mit den Bedingungen des noch nicht beendigten Weltkrieges stehen.

2. Der Schutz der Ordnung und Rechte der im Prozeß der Selbstbestimmung befindlichen Gebiete liegt den nationalen Heeren und lokalen Milizen ob. Den Flüchtigen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges Evakuierten wird die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben.

3. Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung der genannten Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Angelegenheiten, Grenzen usw. in die Hände eines temporären Organs über, das durch Verständigung der politischen Parteien, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben, gebildet werden.

4. Die endgültige Lösung der Fragen von der Staatslage der Gebiete, um die es sich handelt und von der Form ihrer Staatseinrichtungen wird durch das allgemeine Referendum erfolgen.

Zwecks Beschleunigung der Arbeiten der Friedenskonferenz hält die russische Delegation es für außerordentlich wichtig, von den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen eine vollkommen exakte Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen worden sind.

Hierauf erbot General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stände und uns Bedingungen diktiert könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegenstehen. Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet. Ich möchte dann festhalten, daß die russische Delegation für diese besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfang forderte, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lebhaft auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden irdischen Denker unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, zu der hier vorliegenden schriftlichen Erklärung der russischen Delegation unvoreingenommen jetzt irgendwelche Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten. Ich schlage vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

Herr Troitzki: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen

zu unserer Deklaration als solcher oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgend einer Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzudrängen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen auf der andern Seite keine entsprechenden Gegenformulierungen entgegengestellt wären, würden durchaus uneminent sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratung ist noch nicht anberaumt worden.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 14. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seereschlacht Kronprinz Rupprecht. Die Feuerkraft blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders beiderseits von Lens war sie am Abend gesteigert.

Auffklärungsabteilungen drangen südlich von Armentières und nördlich von La Baquerie in die englischen Gräben und machten Gefangene.

Seereschlacht Kronprinz und Herzog Albrecht. Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgesuchen in der Gegend von Zwincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.
Weilich von Schidawa und Dobropolje und südwestlich vom Doiransee Artillerietätigkeit.

Italienische Front.
Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Fliegerangriff auf Karlsruhe.

W.W. Karlsruhe, 14. Jan. Amtlich. Bei einem heute Mittag erfolgten Fliegerangriff wurden einige Bomben abgeworfen. Eine Person wurde ganz leicht verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. Sonstiger Sachschaden gering.

Kapituliert.

W.W. Wien, 14. Jan. (Nicht amtlich.) Vom Kriegskorrespondenten wird gemeldet: Der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Belowia hat sich mit seinem Anhang, worunter sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Mollofian Rajewic befand, beim Bezirkskommando Madzjerice gestellt und dort die Waffen abgeliefert. Die Genannten werden, da sie sich innerhalb der gestellten Frist den 1. u. 2. Behörden gestellt haben, des anlässlich des allerhöchsten Geburtstages ergangenen Gnadenerrlasses teilhaftig.

Die Lage an der Westfront.

W.W. Berlin, 14. Jan. (Nicht amtlich.) Bei stellenweise lebhafter Artillerietätigkeit und regem Flugbetrieb trotz des schlechten Wetters hielt die feindliche Erkundungstätigkeit an den einzelnen Abschnitten der Westfront auch am 13. Jan. an. So wurden an der Bahn Völsinghe-Staden, nördlich Lens, sowie nördlich Reims, nach etwas einseitiger feindlicher starker Feuerbereitschaft erfolgend, feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen. Auch in der Champagne wurden vordringende feindliche Patrouillen im Handgranatenkampf zurückgeschlagen. Dagegen hielten unsere Patrouillen nördlich der Straße Villers-Vermeirens auf Engländer aus den feindlichen Gräben, brachten nördlich von La Baquerie einen englischen Dichter ein, fangen bei Villers-Gu-Slain trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung ein englisches Feldgeschütz und nahmen bei Zwincourt mehrere Franzosen gefangen.

Krankeenträgertruppen.

W.W. Paris, 14. Jan. (Nichtamtlich.) Sabas. Amtlich wird bekannt gegeben: Die Krankeenträgertruppen werden künftig von den Wägen der kämpfenden Verbände getrennt und werden „Sanitätsabteilungen für die erste Linie“ genannt. Sie bleiben neutral, entsprechend den internationalen Bestimmungen.

Zum Untergang des Lazarettenschiffes „Neva“.

Berlin, 13. Jan. (W.W. Amtlich.) Am 9. Januar hat die englische Großfunkstation Boshu folgende Nachricht verbreitet: Eine andere abenteuerliche Gewalttat deutscher U-Boote, die wiederum die Unzuverlässigkeit deutscher amtlicher Garantien darlegt, ereignete sich etwa um Mitternacht am Freitag, den 4. Januar, als das britische Lazarettenschiff „Neva“, von Gibraltar heimwärts fahend, mit Vermundeten an Bord, ohne Warnung torpediert und im Bristol-Kanal versenkt wurde. Alle Vermundeten wurden gerettet, doch werden drei Lazakaren vermisst. „Neva“ führte alle Lichter und die durch die Saaner Konvention geforderten Abzeichen. Die Admiralität teilt amtlich mit, daß das Schiff nicht in der sogenannten Obergrenze war und gewesen ist, die in der Bekanntmachung der deutschen Regierung vom 20. Januar 1917 bezeichnet wurde.

Da diese Mitteilung eine amtliche Erklärung der britischen Admiralität enthält, wird von amtlicher deutscher Stelle hierauf erklärt, daß das Lazarettenschiff, wie inwieweit selbsteigentlich wurde, nicht von einem deutschen U-Boot torpediert worden ist. Vielmehr besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß es auf eine vor kurzem im Bristol-Kanal von uns gelegte Mine verunglückt ist.

Daß die deutsche Regierung keinerlei Gewähr für die Sicherheit der Schiffe gegen Minen innerhalb der Obergrenze übernommen hat, dürfte hinlänglich bekannt sein. Der Charakter der englischen Ausstreunungen kennzeichnet sich hierdurch von selbst.

Deutsches Reich.

Der Zweipost im Zentrum.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Wochenblatt der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, beginnt einen Artikel in der soeben erschienenen Nummer 2 wie folgt:

„In unserer Zentrumspartei haben sich in den letzten Monaten immer offener, man kann sagen: immer dreister, Leute hervorgewagt, die sowohl in ihren außen- wie innenpolitischen Auffassungen zu den Konservativen gehören und nicht mehr zum traditionellen Zentrum. Diese Leute suchen mit allen Mitteln die ihnen gegebenen Einflußgebiete auszunutzen, um Zweipost in die Parteimeinung hineinzutragen, unbestimmt darum, in offener zynischer Ueberhebung sogar über das, was die Parteimengen beschließen und bekräftigt haben. Zu lange hat man diese Brandeure ihr parteischädigendes Werk verrichten lassen, ohne Einspruch zu erheben. Nun endlich scheint man sich der Auffassung zu nähern, daß es so auf keinen Fall weiter gehen könne, soll nicht die Partei auseinander mandorbiert werden. Die Luft in der Partei bedarf dringend der Reinigung.“

Diese scharfen Angriffe zielen vor allem auf die Adelsgruppe im Zentrum, die Grafen von Eber, Gales, Strachwitz umh. und den Freiherrn Kerckerink zu Borg, der die westfälischen Bauern zum Kampf für die „heiligsten Güter“ der feudalklerikalen Reaktion aufgerufen hat; sie richten sich aber auch gegen gewisse im Nachbereich der westlichen Schwerindustrie erscheinenden Zentrumskandidaten, die eine völlig anexionistisch-alledeutsche Politik treiben und sich große Mühe geben, den agrarischen Volkseinde bei der Hintertreibung oder wenigstens Verhinderung des gleichen Wahlrechts hilfreiche Hand zu leisten.

Die vaterlandsparteilichen Kräfte.

Statt sich zu entschuldigen oder zu schweigen, berstend die Vaterlandspartei in Sachen ihrer Versammlung, in der die Kriegsschädigten vertritt, werden, noch immer allerlei läppische Verhätigungen. So behauptet sie, daß die Kriegsschädigten gar nicht eingeladen gewesen seien; aber wie wären sie dann überhaupt in die Versammlung gekommen, zu der man nur mit Einladungskarten Zutritt hatte! So behauptet sie, daß die Zwischenrufe der Kriegsschädigten nicht parlamentarisch, sondern unparlamentarisch gewesen seien. Je nun, darüber kann man verschieden urteilen; den Salonkonnen lernt man im Schlingensiefel nicht. Aber der schlimme Kravall entstand z. B., als ein vaterlandsparteilicher Redner fragte: „trauen Sie uns denn zu, daß wir den Krieg verlängern wollen?“ und aus den Reihen der Kriegsschädigten ein deutsches „Ja“ als Antwort kam. Es sollen nicht nur Kriegsschädigte mißhandelt worden sein, sondern auch Mitglieder der Vaterlandspartei Stöße abbekommen haben. Schon möglich! Der Unterschied ist nur, daß eben ferngelebte Leute gegen Kriegskrüppel kämpften. Und die Vaterlandspartei mag sagen, was sie will: die Schmach dieses Sieges wärdt ihr keine Erklärung ab.

In der allerhöchsten Form nimmt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission gegen das Treiben der Vaterlandspartei Stellung. Sie sei die Zusammenfassung der Kräfte, die ihre auslandspolitischen Ziele und Sorgen erst entdeckt hätten, als Bethmann das Wort von der Neuorientierung gesprochen hätte. In den Kampfmitteln der Vaterlandsparteier lebten die ibersten Sitten der einseitigen Antiantientenverammlungen wieder auf. Dabeinkrieger, die die Leiden der Soldaten nur vom Hörenlagen kennen, verprügeln in der Reichshauptstadt Männer, die ihre geübten Glieder dem Vaterland geopfert hätten und daher schuldlos seien gegen die heimtückische Rohheit feiger Mannen. Und ein Vertrauensmann der großindustriellen Kriegsgewinnler bestimmt die Einigungen, Einbeinigungen und einmüchtigen Kriegsschöpfer als Debertreuer. Im Kampf gegen diese brutale Reaktion würden auch die Gewerkschaften mit den kräftigsten Mitteln vorgehen.

Ausland.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark.
Wird von Tag zu Tag schlimmer und umfaßt bereits über 40 000 Arbeiter, davon 20 000 allein in Kopenhagen. Da die meisten Arbeitslosen Familienverleger sind, stehen über 180 000 Männer Frauen und Kinder in Dänemark mit im Winter vor der größten Not. Die Arbeitslosen veranstalten, namentlich in Kopenhagen, große Demonstrationen, in denen staatliche und städtische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Linberung des Elends verlangt werden. Die Gewerkschaften und die Partei tun ihr Bestes, um die Folgen des Uebels möglichst zu lindern.

Die Zivildienstpflicht in der Schweiz.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat beim Volkswirtschaftsdepartement beantragt, vor der endgültigen Beschlußfassung über die geplante Zivildienstpflicht gehört zu werden, damit er die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zur Geltung bringen könne. Der Bundesrat hat zugesagt, nach Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs die Arbeitervertreter zu hören. Die Zivildienstpflicht in der Schweiz soll bekanntlich zunächst die Deserteeure und Rekrutäre treffen. Deshalb stellt man schon jetzt Listen von ihnen auf. Man rechnet in Zürich mit etwa 4000, in Basel 1000, in Genf 800, in Bern 400, St. Gallen 400 und Aargau 100 Militärschuldigen; doch sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen, und die Zahlen beziehen sich nur auf die Städte selbst — im ganzen Lande sind sie höher.

Seag, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Aus Washington wird berichtet: Das Abgeordnetenthaus hat mit 272 Stimmen gegen 136 Stimmen das Frauenstimmrecht angenommen.

Kommunalpolitik.

Freiburg i. B., 11. Jan. (Spezialtelegr.) Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Kohlenversorgung und hat den Beschluß gefaßt, die Kohlenbestellungen in der nächsten Woche ausfallen zu lassen. Die Gaswerkverwaltung soll eine völlige Schließung der Leitungen innerhalb 24 Stunden während des Tages und der Nacht bekräftigen, auch die Schließung des Betriebes zu vermeiden. Auch soll der Verbrauch an elektrischem Strom eingeschränkt und unter Umständen eine vorübergehende Schließung der Schulen erfolgen, falls sich diese als notwendig erweisen sollte im Hinblick auf die Versorgung der Stadt Freiburg mit Kohlen.

Nr. 12
Einrichtungsminister
bert Dür
Je hnt
Mitglie
Wie
ein Land
erscheint
richt des
Reichstag
Dr. Behnt
ten Raum
Anspruch
neuen Pr
wers vor
Bühl eine
Das B
Hof. Ro
schlagen.
Der na
nom dem
Boransch
ist eben i
stium be
aus zu er
Kulen in
haben. B
von der U
schule Karl
In der Ur
bestimmen
Sommerfe
betrug die
1915/16 14
Technische
gleichgebl
promotione
der Univer
und an der
Die
Mann
Deutschen
Farrer T
Unter den
füllten, be
Höllentän
am Brech
Stunde ge
die Verfan
* Die
Dezember d
der von 50
Nicht nahe
Angabe, daß
Verbraucher
vom Erzeug
Zurückbehal
Bretie zu k
samtent inf
mehr oder
Wir haben
gewiesen (S
Seite 3).
gung wegen
und begründ
Bevölkerung
unter dem
gelassen wer
Nicht umber
neuen Prei
gignung gez
gerechnet we
reicht.
Der Unt
mittelbar b
gehen, sein
mer muß,
braucher?
Für
tritt neuerd
orgabene Au
dann die W
nosenschaft
Arbeits- und
dem Garten
vor allem als
eine zusamme
kommt, damit
bende Fahrt
ben braucht.
für eine fort
und Schulze
Landbeswögn
Neuge schäft
für die Einfü
hat er ein lä
die „Ungehe
Seiten beleu
süßigen Abf
Sich Erfahr
bunte fotoh
tüber Leben

Badischer Landtag.

Dr. Zehner in die Erste Kammer berufen.

Nur „Staatsanzeiger“ wird eine unmittelbare allerhöchste Entscheidung veröffentlicht, nach der anstelle des zum Justizminister ernannten Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Waldert Düringer der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Johann Zehner auf die Dauer seines richterlichen Amtes zum Mitgliede der Ersten Kammer der Landstände ernannt wurde. Wie der „Bad. Beobachter“ hört, wird Herr Dr. Zehner ein Landtagsmandat nicht mehr annehmen, da es unmöglich erscheint, neben der Tätigkeit als Präsident am höchsten Gericht des Landes auch die volle parlamentarische Tätigkeit im Reichstag und Landtag beizubehalten. Dazu kommt, daß Dr. Zehner durch seine Eigenschaft als Präsident der Zweiten Kammer bisher in besonderer Weise parlamentarisch in Anspruch genommen war. Der Landtag steht daher vor einer neuen Präsidentenwahl, der Reichstagswahlkreis Dr. Zehners vor der Wiederwahl und der Landtagswahlkreis vor der Wahl eines neuen Kandidaten.

Das Zentrum beabsichtigt, wie uns mitgeteilt wird, den Hrn. Kopf zum Präsidenten der Zweiten Kammer vorzuschlagen.

Die Hochschulen und der Krieg.

Der namens der Haushaltskommission der 2. Kammer von dem Abg. Dr. Blum (natl.) erstattete Bericht über den Beschlusse des Ministeriums des Kultus und Unterrichts ist eben im Druck erschienen. Dilem Bericht hat das Ministerium verschiedene Erläuterungen beigelegt. Es ist daraus zu ersehen, in wie weitgehendem Maße sich die Hochschulen in den Dienst des Heeres und Roten Kreuzes gestellt haben. Von der Universität Heidelberg stehen 101 Dozenten, von der Universität Freiburg 131 und der Technischen Hochschule Karlsruhe 52 Dozenten im Heeres- oder Sanitätsdienst. An der Universität Heidelberg hatte sich die Zahl der Studentinnen von 278 im Wintersemester 1915/16 auf 439 im Sommersemester 1917 erhöht. An der Universität Freiburg betrug die Zahl der Studentinnen im Wintersemester 1915/16 148 und im Sommersemester 1917 119. An der Technischen Hochschule Karlsruhe ist sich die Zahl nahezu gleichgeblieben; sie betrug im Sommersemester 7. Doktorpromotionen wurden vollzogen im Sommersemester 1917 an der Universität Heidelberg 59, an derjenigen Freiburgs 29 und an der Technischen Hochschule 3.

Baden.

Eine verunglückte Traub-Veranstaltung.

Mannheim, 13. Jan. Die heutige Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei, in der als Hauptredner Harrer Traub sprechen sollte, verlief der Auflösung. Unter den 3000 Teilnehmern, die den Nibelungenaal füllten, fanden sich zahlreiche Leute, die durch einen Böllersäure, Gasen, Hochrufe und Getöse die Redner am Sprechen hinderten. Nachdem der Tumult über eine Stunde gedauert hatte, erklärte Polizeidirektor Graef die Versammlung für geschlossen.

Ein Widerspruch.

Die Badische Obstversorgung hatte anfangs Dezember den Verband von Obst vom Erzeuger zum Verbraucher von 50 Kilo auf 3 Kilo eingeschränkt, also den Bezug von Obst nahezu aufgehoben. Sie hatte dies begründet mit der Angabe, daß unannehmbar ist, daß die große Mehrzahl der Verbraucher den Bedarf an Obst durch unmittelbaren Bezug vom Erzeuger nummehr gedeckt hat, außerdem sei auch eine Zurückbehaltung des Obstes in Erwartung höherer späterer Preise zu befürchten. Die Erzeuger und Besitzer von Obst konnten infolgedessen von Anfang November ab Obst nicht mehr oder nur in der kleinen Menge von 3 Kilo verkaufen. Wir haben auf die Unannehmlichkeit jener Verordnung hingewiesen (siehe Nr. 289 des „Volksfreund“ vom 10. Dez. 1917, Seite 3). Jetzt, Anfang Januar, droht die Bad. Obstversorgung wegen der Zurückbehaltung des Obstes mit Enteignung und begründet dies damit, daß das Bedürfnis nach Obst bei der Bevölkerung noch keineswegs gedeckt ist. Sie fordert unter dem Hinweis, daß später keinesfalls höhere Preise zugelassen werden, die Händler und Besitzer von Obst auf, ihr Obst unbewehrt der Badischen Obstversorgung gegen die geordneten Preise zur Verfügung zu stellen. Sollten wir zur Enteignung gezwungen sein, so muß mit einem Uebernahmepreis gerechnet werden, der die gegenwärtigen Höchstpreise nicht erreicht.

Der Unterschied wird also sein, daß das Obst anstatt unmittelbar vom Erzeuger oder Händler zum Verbraucher zu gehen, seinen Weg erst über die Badische Obstversorgung nehmen muß. Und der Unterschied im Preis für die Verbraucher?

Für die ungeteilte Arbeits- und Schulzeit

tritt neuerdings auch der Bad. Landeswohnungsverein ein. Der oberste Ausgangspunkt für ihn ist, daß weiteren Kreisen nur dann die Möglichkeit der Ansiedelung in den Vororten, in Baugewerkschaften, Gartensiedlungen usw. gegeben ist, wenn es die Arbeits- und Schulzeit gestattet, sich eine größere Zeit des Tages dem Garten und Eigentum widmen zu können. Wichtig ist hier vor allem also, daß keine durch größere Pausen getrennte, sondern eine zusammenhängende Arbeits- und Schulzeit zur Durchführung kommt, damit nur einmal am Tage die zeitl., geld- und kraftverzehrende Fahrt zur Arbeitsstätte oder Schule unternommen zu werden braucht. Es steht also der Gesichtspunkt im Vordergrund, daß für eine fortschrittliche Wohnungspolitik die ungeteilte Arbeits- und Schulzeit eine unentbehrliche Voraussetzung ist. Der Badische Landeswohnungsverein hat sich daher schon lange mit dieser Frage beschäftigt und tritt nun mit Entschiedenheit auch öffentlich für die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit ein. Neuerdings hat er ein überzeugendes Schriftstück herausgegeben, in welchem die „Ungeteilte Arbeits- und Schulzeit“ von den verschiedensten Seiten beleuchtet wird. Vor allem sind darin neben einer vorzüglichen Abhandlung, von dem Heidelberger Gaswerksdirektor Reich Erfahrungen über die ungeteilte Arbeitszeit vom Standpunkte sowohl des Arbeitgebers (Benz u. Cie., Mannheim, Karlsruhe Lebensversicherung) als auch der Beamten, der Arbeiter-

(Gewerkschaftsführer Hof, Karlsruhe) usw. mitgeteilt. Herr Stadtschulrat Siedinger-Mannheim erörtert die Frage der Schule und ungeteilte Arbeitszeit. Ebenso kommen auch ein Arzt (Geh. Hofrat Dr. Kessel-Heidelberg) und andere zu Wort. Der Bad. Landeswohnungsverein (Geschäftsstelle: Ministerium des Innern Karlsruhe) ist getreu bereit, Vereine und Einzelpersonen die sich an der Werbung für die ungeteilte Arbeits- und Schulzeit beteiligen wollen, durch Drucksachen usw. zu unterstützen.

Gründung einer badischen Kesselgesellschaft.

W. Schoppe i. B., 11. Jan. Am 10. Januar fand im Gebäude der Handelskammer in Schoppe die Gründung der badischen Kesselgesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Gesellschaftskapital von vorerst 125 000 Mk. statt. Die Kriegsamtsstelle Karlsruhe hatte, die Bedeutung der Neugründung vom kriegswirtschaftlichen Standpunkte angesehen, durch Entsendung des Herr Oberleutnants Lanter Rechnung getragen. Die vorgelegten Satzungen wurden im wesentlichen einstimmig angenommen. Der Sitz der Gesellschaft ist Schoppe i. B. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an: Fabrikant Fehmann-Zell i. B., Kommerzienrat Hummel-Ettlingen, Kommerzienrat Garnier-Lörrach, Direktor Baumgärtner-Emmerdingen, Reichstagsabgeordneter von Graf-Weisingen, Kommerzienrat Schuster-Freiburg, Direktor Wolff-Freiburg, Vertreter der Landwirtschaft und der Gemeinden. Zum Geschäftsführer wurde Herr Handelskammerinspektor Dr. Gortler-Schoppe ernannt.

Die badische Kesselgesellschaft, die sich an der Kesselbauindustrie in Berlin beteiligen wird, steht das Verkaufs- und Ausschließungsrecht der in Baden anfallenden beschlagnahmten Kesselstempel zu. Sie stellt für Baden den Mittelpunkt aller Bestrebungen dar, die auf eine Vertretung der Kesselfabrikanten hinführen. Demgemäß wird die Gesellschaft neben der Förderung des Kesselbaues auch die Organisation der Sammlung der widerstandsfähigen Kessel übernehmen, die bisher vom Badischen Bauernverein aus erfolgte, der nummehr als Gesellschaft der Kesselgesellschaft beitreten ist.

* Pforzheim, 14. Jan. Auf der nahe württembergischen Station Enzberg wurden einem Gasmischer über ein Zentner Äpfel und ein halber Zentner Mehl abgenommen.

* Düren, 15. Jan. Das schwere Verbrechen, welches sich am letzten Donnerstag hier zutrug, ist insoweit aufgeklärt, als es ungewissheit freisetzen dürfte, daß die Cheftau des Landsturmmannes Wilhelm Albrecht ihrem schlafenden Name eine Stange in den Kopf gesteckt hat. Als der Mann erwachte, schloß sie noch ein zweites Mal auf ihn und verlegte ihn so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der älteste Sohn der Ehefrau Albrecht hat sechs Tage vor der Tat in einem Pforzheimer Geschäft auf Wunsch seiner Mutter den Revolver gekauft.

* Freiburg, 15. Jan. Am Sonntag früh wurde das Hofbräuwesen des Hofbäckermeyers Karl Wagner durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden wird auf ungefähr 80 000 Mk. geschätzt. Bei dem Brand kamen auch verfallene Säue Vieh ums Leben.

* Mannheim, 14. Jan. Am Samstag vormittag riefte der häßliche Arbeiter Astor von Waldorf als er aus einem Hause einen gefüllten Müllkorb auf den Müllwagen trug, im Hausgang aus, dabei fiel ihm der Müll auf den Kopf. Astor erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er bereits nach zwei Stunden starb.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 15. Januar.

Gemeindliche Zuschüsse zu Lebensmittelpreisen.

Es ist im Laufe des Krieges mehr und mehr Mode geworden, die Mehrbelastung der Bevölkerung durch die neuen Preisaufschläge durch teilweise Uebernahme auf den Stadtsäckel auszugleichen, da oft kein anderer Ausweg bleibt. Wir nennen nur die hohen Aufwendungen, welche hier die Stadt zur Milchversorgung machen muß und die hohen Zuschüsse der Stadt bei der Kartoffelversorgung im letzten Herbst. Es geht in die Hunderttausende, was die Stadt jährlich für die Lebensmittelversorgung zu zahlen hat.

Das System der gemeindlichen Zuschüsse ist ein sehr gefährliches und schädliches. Wohl erreicht man dadurch die Abfederung einer momentanen Erörterung, denn die Preiszuschläge auf Lebensmittel sind oft derartige, daß sie der Minderbemittelten, insbesondere der Arbeiter, nicht bezahlen und auch nicht durch höhere Löhne ausgleichen kann. Aber damit hat man nicht das geringste erreicht. Die gemeindlichen Zuschüsse müssen wieder durch Umlagen und Steuern, die wieder die Allgemeinheit zu zahlen hat, aufgebracht werden und, was die Hauptsache ist, die Produzenten werden zu immer weiteren Aufschlägen förmlich angezogen, so daß die Aufschläge nach oben überhaupt keine Grenze mehr finden.

Es ist Zeit, daß von Seiten der Städte gegen die verbreitete Preispolitik der Regierung einmal energig Front gemacht wird. Diese verbreitete Preispolitik beschränkt sich übrigens nicht nur auf die Rohwarenmittel. Auch sonst wird der Profit durch Tür und Tor geöffnet und eine Preistreibe ermöglicht, die dann wieder den Grund zu weiteren Verteuerungen der Lebensmittel abgibt. Die Städte müssen sich dagegen verwahren, daß das Reich den Industriellen und Kriegsgewinnern ständig Preisermäßigungen bewilligt und ihnen zu übermäßigen Dividenden verhilft, während man andererseits den Gemeinden zumutet, öffentliche Mittel zur Verbilligung der Nahrungsmittel aufzubringen, was doch eigentlich Sache des Reiches und Landes wäre.

Es muß von der Regierung veranlassen werden: die allgemeine Herabsetzung der erteilten Preisvermehrungen der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter sofort in die Wege zu leiten. Wir wissen allerdings, daß das kein Leichtes ist, denn die ungeliebte Profitgier liegt im Wesen der kapitalistischen Ordnung, auf welcher die heutigen Staaten aufgebaut sind. Aber das kann uns egal sein. So kann es einfach nicht weiter getrieben werden.

Da Einschränkung des elektrischen Strombezugs. Mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse der Kohlenversorgung

muß nicht allein im Gasverbrauch, sondern auch im Bezug von elektrischem Strom für Licht- und Kraftzwecke äußerste Sparbarkeit beobachtet werden. Aus diesem Grunde dürfen nach einer Anordnung des Stadtrats elektrische Kraftanlagen bis auf weiteres in der Zeit von 4.30 Uhr bis 7.30 Uhr abends nicht betrieben werden. Ausnahmen sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes zulässig. Im Verbrauch von elektrischem Strom zu Beleuchtungszwecken muß ebenfalls größte Sparbarkeit beobachtet werden.

Da Die Auszahlung der reichsgeordneten Familienunterstützungen für die zweite Januarhälfte beginnt, wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisters hervorgeht, ausnahmsweise erst am Mittwoch, 16. Januar d. J., an welchem Tage zudem von 8-3 Uhr ununterbrochen ausbezahlt wird. In den folgenden Tagen findet die Auszahlung dagegen wie sonst von 8-1/2 Uhr und 1/2-6 Uhr in der vorgezeichneten Reihenfolge statt. Die noch nicht zurückgegebenen Fragebogen sind spätestens an den Auszahlungstagen vollständig und richtig ausgefüllt zurückzugeben, widrigenfalls die Auszahlung der Reichsunterstützung zurückgehalten wird.

Auszeichnung. Landstammann Hermann Reinhold von hier erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse.

Klavierabend Alice Krieger. Auf den heute Dienstag, 15. Jan., abends 8 Uhr im Museumsaal stattfindenden „Klavierabend“ von Alice Krieger weisen wir hiermit nochmals hin. Das Konzert der einheimischen Pianistin findet außerst reges Interesse. Eintrittskarten sind bis Dienstag abends 6 Uhr in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert und ab 7 Uhr an der Abendkasse erhältlich. — Der Saal wird geheizt.

Gr. Hoftheater. Am 15. und 17. d. M. gastiert die erste muntere Sängerin vom Hoftheater zu Nürnberg, Staja von Millie-Gobies, als Hannerl im „Dreimäderlhaus“ und Naja Kriak im „Glöckchen des Eremiten“ auf Verpfändung.

An unsere Feldpostbezieher!

Zimmer wieder kommen Klagen über unregelmäßige Zustellung oder über Ausbleiben unseres Blattes. Oft enthalten diese Zuschriften Vorwürfe gegen die Geschäftsstelle oder auch energische Aufforderungen, für Abhilfe beizutragen zu sein. Unsere Feldpostbezieher können überzeugt und versichert sein, daß uns an dieser unregelmäßigen Zustellung des „Volksfreund“ nicht die geringste Schuld trifft. Das Blatt kommt jeden Tag sofort nach Erscheinen zum Versand. Wir haben auch schon wiederholt versucht, durch Nachforschungen und Beschwerden an die verantwortlichen Stellen für Abhilfe zu sorgen. Mehr können wir jedoch nicht tun. Wir bitten unsere Feldpostbezieher, auch auf die gegenwärtigen Verkehrserschwerungen Rücksicht zu nehmen, dann weiter zu bedenken, daß die Post und Bahn eine große Zahl ungeachteter Regionalbediensteter, doch weiterhin dieses Regional nicht so sorgfältig ausgewählt werden kann als es in Friedenszeiten möglich war und so es schon mal vorkommen kann, daß da oder dort sich ein „Feldpostbezieher“ bemerklich macht. Und so gibt es noch viele Möglichkeiten, die die Ursache des unregelmäßigen Ankommens des Blattes sein können. Auf alle Fälle aber dürfen unsere Feldpostbezieher gewiß sein, daß uns nicht die geringste Schuld trifft. Wir bitten deshalb, diese unregelmäßigen und unannehmen Zustände nicht uns entgegen zu setzen und dem Blatte auch weiterhin die Treue zu mahnen.

Neues vom Tage.

Unter falscher Flagge. Auf der Station Ludwigshafen a. Rh. fiel es seit längerer Zeit auf, daß eine größere Zahl Frachtbriefe für Sendungen verschiedener Art den Stempel der Linienkommandantur Ludwigshafen trugen, die ihren Sitz im dortigen Direktionsgebäude der pfälzischen Eisenbahnen hat. Solche Sendungen gehen nicht nur einen billigeren Ausnahmestraf, sondern auch einen Vorzug in der Beförderung und werden weniger streng kontrolliert. Endlich schöpfe die Eisenbahn doch Verdacht. Die Nachforschungen ergaben, daß ein Offizier der Linienkommandantur die Frachtbriefe widerrechtlich mit dem Stempel verah. Der Offizier wurde verhaftet. Die Untersuchung wird wohl kräftiger Klarheit schaffen, ob der Offizier lediglich aus Gefälligkeit gegenüber ihm bekannten Unternehmern handelte oder ob er gut gemeint war. Weidmann für die „große Zeit“ ist jedenfalls, daß sogar eine Linienkommandantur von den Schiebern für ihre unmöglichen Zwecke mißbraucht wird!

Letzte Nachrichten.

Verhaftung Caillaux.

W. Paris, 14. Jan. (Nicht amtlich. Ag. Hav.) Caillaux ist gestern morgen verhaftet und nun verzüglich in das Gefängnis für Kranke übergeführt worden.

Reichstagserversammlung.

W. Koblenz, 14. Jan. (Nicht amtlich.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Reichstagserversammlung im Wahlkreis Koblenz 5 (Koblenz und St. Goar) entfielen sämtliche abgegebenen 417 Stimmen auf den Verbandsdirektor Dr. Lewes in Essen (Str.). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Kasser-Klingen
werden haarhart geschliffen.
Eckd. 10 Hg. 195.
Kaiserstr. 18, Baden.

Auskunftei Bürgel
300 Ges. Anst. Stellen
Geschäftsstelle: Markt 10/11
Koblenz - St. Goar - Neuwied - Asselshausen
für jedermann
Friedrichsplatz 2, Tel. 456

Mittag- und Abendbrot
gut und reichlich, mäßige Preise
2285 Kaiserstr. 22, 4. St.

An die
**Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsbeamte
der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.**

Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Werkstätten der Firma in **Karlsruhe** findet für die **Tageschicht** am

kommenden Mittwoch den 16. Januar 1918
statt.

An diesem Tage haben diejenigen Personen, welche **zuletzt in Tageschicht** beschäftigt waren, morgens **7 Uhr** pünktlich zu erscheinen.

Die **Nachtschicht** fällt dagegen in allen Werkstätten aus.

Der Betrieb in **Grözingen** bleibt geschlossen.

Karlsruhe, den 12. Januar 1918.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

2259

Arbeiter-Kadefahrerbund „Solidarität“
Ortsgruppe Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die schmerzliche Mitteilung, daß
unser langjähriges Mitglied

Hermann Stuber

in Kindesland infolge eines Schlaganfalles plötzlich verstorben ist.

Wir werden dem Heimgegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Berein Volksbildung (G. V.) Karlsruhe.

Hierdurch geben wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß Herr Professor Karl Widmer an den Donnerstagen den 17. und 24. Januar Vorträge halten wird über das Thema:

„Das deutsche Wohnhaus des Mittelalters und der Neuzeit“, jeweils abends 8 Uhr im Hofsaal der Kunstschule im Anbau der Techn. Hochschule. Eintritt für unsere Mitglieder frei, Nichtmitglieder 20 Pfg.

An den Sonntagen, 20. Januar und 3. Februar, finden Vormittags jeweils pünktlich um 11 Uhr Führungen in das Großherzoglich-Königliche Museum (Westenstr. 81) statt, unter Leitung des Direktors Herrn Geh. Hofrat Professor Hoffacker. Versammlung am Haupteingang, Westenstraße.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Großherzoglich-Königlichen Hoftheater eine Vorstellung statt, und zwar das Weihnachtsstück: „Danz Gradedurch“. Die Karten für unsere persönlichen Mitglieder werden von Donnerstag, den 17. Januar an, täglich von 2-7 Uhr, in der Geschäftsstelle des Vereins, Tadmierstr. 6, verkauft.

Preise der Plätze: Mk. 1.—, 50, 60, 50, 40, 30, 20 u. 10 Pfg. Abgekürztes Geld ist mitzubringen. Mittwoch, den 16. Januar, bleibt die Geschäftsstelle geschlossen. Vorbestellungen werden nicht entgegengenommen.

2268 Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung.

Achtung.

Am 12. 1. wurde bei einem Einbruch eine goldene Herrenuhr (Anero Horlogère) Nr. 7471/102899 mit feingliederter goldener Kette gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. Wer mir über den Verbleib der Uhr sichere Angaben machen kann, erhält eine hohe Belohnung.

Paul Langner, Durlach, Waldstr. 43.

Tüchtige Stenotypistinnen

für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.

Städt. Arbeitsamt 972
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 3. Stock.

Gesucht eine größere Anzahl fleißiger, sauberer

Frauen u. Mädchen

Zu melden beim Portier 2285
Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.
Bannwald Allee 1.

Domino-Preisauflage.

Die auf den nebenstehenden Dominosteinen vermerkten Buchstaben ergeben, richtig geordnet, ein bedeutungsvolles Wort. Unter die Einsender der richtigen Lösung gelangen die nachstehend verzeichneten Gegenstände **gratis** zur Verteilung:

Vollst. Tafelservice Wert M. 400	Sprechapparat Wert M. 150
Gold-Herren-u.-Damen-Armband-Uhr je M. 200	Photogr. Apparat „ „ 150
Stoff z. seidenen Kleide „ 200	5 Preise im Werte von je „ 20
	20 Preise „ „ „ 5



Für obige Gegenstände zahlen wir auf Wunsch auch den Barbetrag aus. Ferner gelangen zur Verteilung: **20 000 Trosipreise im Werte von je Mk. 2.—**

Schicken Sie noch heute Ihre Lösung in verschlossenem, mit 15 Pfg. frankierten Briefumschlag unter genauer Angabe Ihrer deutlich geschriebenen Adresse ein. **Sie verpflichten sich zu nichts.**

Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen die Regilität unseres Unternehmens. Briefe aus dem Felde können nicht beantwortet werden.

Falls Sie Auskunft wünschen, ob Ihre Lösung richtig ist, erhalten Sie dieselbe innerhalb 14 Tagen und wird Ihnen dann zugleich der Terrain der Preisverteilung bekanntgegeben. In diesem Falle ist der Lösung Rückporto für unsere Auskunft, d. i. für Drucksachen-Porto etc. beizufügen. **Schreiben Sie noch heute an**

Bären-Verlag, Charlottenburg 17

Großer Rathausaal.

Zu Gunsten des Bad. Heimatbund - Ortsausschuß Karlsruhe,
Mittwoch, den 16. Januar 1918, abends 8 Uhr,

Vortrag

des Hauptmanns der Reserve und Bataillons-Kommandeurs im 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, Herrn Staatsanwalts Krenzer:

„Die Leib-Grenadiere bei Cambrai.“

Vorverkauf der Eintrittskarten zu 2 Mk., 1,50 Mk., 1 Mk. und 50 Pfg. in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstraße.**

Ein älterer

Dreher

für Akkordarbeit sofort gesucht.

Bal. Haiz

Rheinstr. 13. 2272

Ausgekämmte Frauenhaare

läuft
Oskar Decker, Haarhandlung
Kaiserstr. 32.

Brennholzabgabe.

Im alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11, wird bis auf weiteres an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags

Forlen- und Tannen-Brennholz

groß gespalten, zum Preise von **Mk. 5,60** für den Zentner ab Lagerplatz, in Kopfmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben.

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden.
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Berichtigung.

In der Anzeige des Herrn Karl Ruf „In Erwiderung“ (Nr. 10 vom 12. Januar) befinden sich zwei Druckfehler. Es muß heißen in Zeile 6 „als ob dieser die Badische Kriegs-Arbeitshilfe an (anstatt von) der Erfüllung ihrer Vertragspflichten hindern würde“, und im Absatz 1., Zeile 3 „der Vertrag (anstatt Vortrag) vom 20. Mai 1917.“

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt

**jüngere Burschen
und
Mädchen.**

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
in Karlsruhe-Grünwinkel.

2129



**Kochkisten-
nachmittag.**

Donnerstag, d. 17. Januar,

5 Uhr, in der Karl-Wilhelm-
schule und Pestalozzischule.

**Besprechung u. praktische Vorführung
der Kochkiste**

auch Lehrerinnen des Seminars für Haushaltungslehrerinnen.
Verteilung von Kostproben. 2269
Eintritt frei. Anmeldung beim Rathhausförderer.

**Der Badische Frauenverein, der Katholische
Frauenbund, der Karlsruher Hausfrauenbund.**

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Januar 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen jeweils vormittags von 8 Uhr bis 12 1/2 Uhr und nachmittags 1/3 Uhr bis 6 Uhr, **Mittwoch den 16. Januar 1918, jedoch nur von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im großen Rathhausaal** statt:

D. 3.	1 bis mit 2800:	Mittwoch, den 16. Januar 1918,
	2801	Donnerstag, den 17. Januar 1918,
	5801	Freitag, den 18. Januar 1918,
	8401	Samstag, den 19. Januar 1918,
	11201	Schluß: Montag, den 21. Januar 1918.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Begüßberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 12. Januar 1918. 2260
F. Bürgermeister, v.

Warm und trocken

bleiben die Füße bei Benützung der neuen, leicht anbring- und abnehmbaren **Schuhsohle, mit der Drahtspirale**

Neuheit! D. R. G. M.
Besonders zweckmäßig für alle Werkstätten-Arbeiter, Schulkinder, sowie solche, die viel auf kaltem Steinboden, in nassen Räumen oder im Freien sich aufhalten müssen.

Die Ledersohlen werden dadurch sehr geschont. Die den Absatz und die Sohle elastisch verbindende Drahtspirale gibt Gewähr für guten Sitz und Halt und gestattet die erforderliche freie Beweglichkeit der Fußsohle gegenüber dem Absatz genau so wie bei einer Leder- oder Filzsohle.

Die geringen Anschaffungskosten machen sich beim Tragen, schon allein durch Schonung der jetzt so teuren Ledersohlen in Bälde bezahlt. 2187

Alleinverkauf bei
Ernst Marg
Luisenstr. 58, Fernruf 3286

Städt. Vierordtbad

Aohlensäurebäder und elegante **Wannenbäder.**

I., II. und III. Klasse.

Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 8-1 Uhr, nachm. 3-8 Uhr, Samstags abends bis 9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen.
ittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2185

Alle Druck-Arbeiten

liefern rasch und billig
Druckerei Volksfreund
Luisenstrasse 24
Teleph. 128.

Parteiliteratur

empfiehlt
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.